

Peter Gauweiler läuft Sturm

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler will das deutsche Euro-Gesetz aufhalten. Er reichte dazu beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde und einen Antrag auf einstweilige Anordnung ein. Wann und ob das Gericht entscheidet, ist aber unklar.

Berlin – Läuft alles wie von der Regierung geplant, dann wird das deutsche Gesetz zum Euro-Rettungspaket mit Kreditgarantien von maximal 148 Milliarden Euro heute in Kraft treten. Es muss noch im Gesetzblatt verkündet werden, nachdem Bundespräsident Horst Köhler es am Wochenende unterzeichnet hatte. Bundestag und Bundesrat hatten die Regelung für den deutschen Anteil am internationalen 750-Milliarden-Euro-Paket zuvor beschlossen.

Gauweiler macht geltend, das Hilfspaket führe zusammen mit dem bereits beschlossenen Griechenland-Rettungspaket dazu, dass die im Vertrag von Maastricht beschlossene Konzeption für die Stabilität des Euro „geradezu in ihr Gegenteil verkehrt wird. Der Euro wird zur Weichwährung, und die als Stabilitätsunion konzipierte Währungsunion wird in eine Transferunion umgewandelt“. Zu einer solchen Transferunion, in der die Mitglieder für die Schulden anderer Mitgliedstaaten aufkommen müssen, hätte es nie eine Zustimmung der Völker der Vertragsstaaten gegeben, argumentiert Gauweiler. „Bundestag und Bundesrat haben

im Vertrag von Maastricht einer solchen Union ausdrücklich nicht zugestimmt.“

Gegen das Griechenland-Hilfspaket hatten bereits Anfang Mai fünf Wissenschaftler geklagt. Ihren Antrag auf einstweilige Anordnung hatte das Bundesverfassungsgericht nicht entsprochen.

Finanzminister Schäuble (CDU) verteidigte den milliardenschweren Rettungsschirm als notwendig, um eine noch tiefere Krise zu vermeiden. „Die nächste Krise wäre dann nicht mehr nur eine Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems, sondern auch eine Krise des politischen Systems.“ OECD-Generalsekretär Gurría forderte ein „dauerhaftes System mit praktischen Regeln“ für mögliche künftige Rettungsaktionen der Euro-Gruppe. Im Fall Griechen-

lands hätten sich die Länder zu Recht auf eine Ausnahmeregelung berufen, für künftige Schieflagen von Euro-Ländern solle ein anderer Mechanismus gefunden werden.

Verteidigungsminister zu Guttenberg wandte sich gegen überzogene Schritte im Kampf gegen die Euro-Krise. Er warnte davor, „mancher Hysterie nachzugeben und über das vernünftige Maß hinaus in einen Regulierungswahn zu driften“.

Nach einem „Bild“-Bericht könnten Darlehen der Euro-Länder für Griechenland komplett oder für ein Geberland annulliert werden, wenn der Europäische Gerichtshof oder ein nationales Verfassungsgericht die Kreditvergabe für rechtswidrig erklärt. Es dürfe dann aber nicht die sofortige Rückzahlung des Dar-

lehens verlangt werden, gehe aus dem vertraulichen Darlehensvertrag und der Gläubigervereinbarung zwischen den Euro-Ländern und Griechenland hervor.

Unterdessen hat Griechenland bekräftigt, dass es die Hilfen zur Sanierung seiner Staatsfinanzen zurückzahlen wird. „Wir haben nicht um Geldgeschenke gebeten“, sagte Ministerpräsident Papandreu. „Was wir brauchten, waren Kredite, die wir später zurückzahlen werden.“ Wir werden dafür erheblich höhere Zinsen zahlen als die meisten anderen EU-Länder.“ Papandreu räumte ein, dass die Debatte über die Hilfe Ressentiments zwischen Deutschen und Griechen aufkommen ließ. Er gehe aber davon aus, dass der entstandene Schaden zu beheben sei.